

Monatsspiegel



Oktober 2020

SPD
Erlangen



Adressaufkleber

„Wir tragen Verantwortung für Moria und andere Flüchtlingslager!“

Jahrelang hat auch Deutschland mit dem europäischen Dublin-Verfahren dafür gesorgt, dass die südlichen Länder Europas, wie Spanien, Italien und Griechenland - mit den ankommenden Geflüchteten über das Mittelmeer und die Balkanroute alleingelassen wurden und werden. Sehenden Auges wurden offizielle und inoffizielle Flüchtlingslager geschaffen bzw. geduldet, die zum Teil nicht einmal ein Mindestmaß an humanitären und rechtlichen Standards einhalten.

Die Zustände im Flüchtlingslager Moria wurden von allen Engagierten vor Ort schon lange als katastrophal und menschenunwürdig beschrieben. Selbst Experten des UN-Flüchtlingshilfswerks stellten fest, sie hätten selten auf der Welt so ein Flüchtlingslager wie Moria

gesehen. Ein Flüchtlingslager, dessen furchtbare Zustände nur entstehen konnten, weil andere europäische Staaten, auch Deutschland, ihrer humanitären politischen Verantwortung nicht nachkommen und Griechenland alleine lassen.

Nach dem Beschluss der griechischen Zuständigen, das komplette überfüllte Flüchtlingslager Moria unter eine pauschale Quarantäne zu stellen, wurden 12.000 Geflüchtete in dem Lager kaserniert. Faktisch war dieses für allenfalls 3000 Menschen ausgelegt. Im überfüllten Flüchtlingscamp Moria, ohne ausreichenden Gesundheitsschutz, war es daher nur noch eine Frage der Zeit, bis die Situation vor Ort eskalieren musste, wie es mit der Brandkatastrophe letztendlich passiert ist.

■ **Von Alexandra Hiersemann**
MdL



In diesem Sinne trägt Europa und damit auch Deutschland eine Mitverantwortung an den offiziellen und inoffiziellen Flüchtlingslagern, die an den Außengrenzen Europas in menschenunwürdigen Zuständen entstanden sind.

Was wir wollen

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hatte am 8. März beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage durch die Aufnahme von bis zu 1.500 Kindern auf den

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

13.10.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 15
13.10.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 15
13.10.		Jusos: Sitzung	AWO	S. 16
13.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Stammtisch	Kulisse	S. 14
13.10.		Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	Gemeindezentrum Frauenaaurach	S. 14
21.10.	19:00	Distrikt Elterdsorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S. 13
21.10.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 16
27.10.		Jusos: Sitzung	AWO	S. 16
29.10.	20:00	Kreismitgliederversammlung	ATSV	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE22 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
 Dienstag bis
 Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
 sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Nina Riebold
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Alexandra Hiersemann, Rolf Schowalter, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

griechischen Inseln im Rahmen einer europäischen Initiative zu unterstützen. Für Deutschland war dabei zunächst die Aufnahme von 350 Personen angedacht. Hierbei sollte es sich vorwiegend um behandlungsbedürftige Kinder einschließlich ihrer Kernfamilien oder unbegleitete Minderjährige handeln. Mit anderen Worten: die Schwächsten der Schwächsten.

Nunmehr wurde unter dem Druck der Situation, auch auf Drängen der „Sichere-Häfen-Kommunen“, die Aufnahme von deutlich mehr Flüchtlingen in Aussicht gestellt. Dies ist auch auf die Initiative unserer Vertreter*innen im Koalitionsausschuss zurückzuführen: Die (derzeitige) Gesamtzahl der Schutzsuchenden, die Deutschland aufnimmt, beläuft sich damit auf rund 2750.

Dies will ich nicht gering reden, vor allem wenn man bedenkt, dass Bundesinnenminister Seehofer vorher mit lächerlich geringen Zahlen agiert hat. Es bleibt aber vor allem abzuwarten, ob die Aufnahme der Menschen nun wenigstens sehr schnell erfolgen wird!

Auch Bundesländer wie Berlin, Niedersachsen und Thüringen haben angeboten, mehr

Flüchtlinge aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Seither haben auch die Bundesländer

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz ihre

Aufnahmebereitschaft erklärt, wie aktuell auch Nordrhein-Westfalen. Selbst die Bayerische Staatsregierung konnte sich nach langem Zögern (wenn auch etwas unklar) dazu durchringen, einen substantiell höheren Anteil an aufzunehmenden Menschen zu fordern.

Bisher sind aber all diese politischen Willenserklärungen an der Blockadehaltung des

Bundesinnenministers Horst Seehofers (CSU) gescheitert, der sich hier in leider gewohnter Weise höchst restriktiv verhält. Auch bei der nun verkündeten Zahl ist man gut beraten, wenn man hierzu das „Kleingedruckte“ durchliest. Aller Voraussicht nach werden nämlich Familien mit Kindern aufgenommen, die in Griechenland bereits ihr Anerkennungsverfahren als Flüchtlinge abgeschlossen haben. Somit überlässt man das lästige Anerkennungsverfahren den griechischen Behörden und will abermals nur einen kleinen Teil der Schwächsten der Schwächsten aufnehmen.

Viele Bürger*innen und viele sozialpoli-

tische und wirtschaftliche Akteure fordern schon lange einen offeneren und positiveren Umgang mit den Menschen auf der Flucht. Auch in Bayern haben sich zahlreiche Kommunen und Städte zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen. Mittlerweile hat sich eine Vielzahl an Städten zu sogenannten Sicheren Häfen für Geflüchtete erklärt und somit ihre Bereitschaft signalisiert, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen. Zu diesen Städten gehören beispielsweise Erlangen, Nürnberg, München Regensburg, Bamberg, Schweinfurt und Grafing.

Auch Initiativen wie die Rettungsring-Aktion von Amnesty International in Erlangen (wie in der letzten Ausgabe berichtet) sind ein Zeichen dafür, dass viele Menschen mehr Humanität fordern und sich mit den Menschen auf der Flucht solidarisieren. Diese Rettungsringe, die symbolisch für einen besseren Flüchtlingsschutz stehen, sind mittlerweile überall in Erlangen zu sehen, an Kirchen, bei Vereinen und nicht zuletzt am August-Bebel-Haus.

Warten auf Europa?

Natürlich bleibt der Wunsch nach einer europäischen Lösung auch weiterhin dringend. Aber wir brauchen auch jetzt und sofort eine Lösung für die Menschen in den griechischen Lagern. Wir können nicht warten, bis sich alle Bundesländer und alle europäischen Staaten solidarisch erklären, denn dieser Zeitpunkt wird nicht eintreten! Nach

unserem Verständnis von Rechtsstaat und Asylrecht, reicht es eben nicht, mit dem Finger abwartend nach Europa zu zeigen, bis sich alle 27 Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche Asylpolitik geeinigt haben. Dies ist nicht nur realpolitisch naiv, sondern auch menschenunwürdig und inakzeptabel gegenüber all den Menschen, die sich auf der Flucht befinden und unsere Hilfe benötigen. Und zwar jetzt und nicht irgendwann in der Zukunft.

Den Zweifler*innen sei gesagt: Es geht hier nicht um eine Grundsatzfrage in der Asyl- und Migrationspolitik Deutschlands. Es geht stattdessen aktuell um unsere humanitäre, politische und auch rechtliche Verantwortung für Menschen auf der Flucht. Sie haben auch Anspruch auf ein faires Asylverfahren und auf eine erträgliche Unterbringung bis zum Abschluss ihres Verfahrens. Gerade dieser faire und individuelle Rechtsschutz ist oftmals in den Ländern an den EU-Außengrenzen wegen chronischer Überlastung fast unmöglich. Immer wieder kommt es zu Maßnahmen der Verantwortlichen in den betroffenen Ländern, die die europäische Rechtskultur beschämen. Zu all diesen Themen hat die SPD-Landtagsfraktion auch aktuell einige parlamentarische Initiativen eingebracht.

Moria ist eine Schande für Europa – das geht uns Alle an! Übernehmen wir Verantwortung!

Kreismitgliederversammlung

**Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur**

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 29. Oktober, 20 Uhr ATSV Erlangen, Paul-Gossen-Straße 58

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder**
- 2. „Für eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik“**
- 3. Anträge**
- 4. Berichte aus den Distrikten, Stadtteilbeiräten und Arbeitsgemeinschaften**
- 5. Verschiedenes**

**Für den Vorstand
Dieter Rosner**

Philipp Dees

Sandra Radue

Jahreshauptversammlung: **Martina Stamm-Fibich** will wieder in den **Bundestag**

■ **Von Philipp Dees**

Stellvertretender Kreisvorsitzender



Im Rahmen der nachgeholtten Jahreshauptversammlung 2020 – eigentlich hätte sie im März stattfinden sollen, musste aber aufgrund der Pandemie verschoben werden – fand auch die Wahl der Delegierten der SPD Erlangen zur Bundeswahlkreis-Konferenz statt, die im Oktober den*die Kandidat*in für den Bundestagswahlkreis Erlangen nominieren wird.

Dabei bewarb sich Martina Stamm-Fibich wieder als Abgeordnete. In ihrer Rede stellte sie ihre Arbeit in Berlin mit den Schwerpunkten Gesundheit und Petitionen dar und ging auch auf die vielfältigen Anfragen ein, denen sie aus dem Wahlkreis nachgeht. Deutlich wurde dabei auch das Spannungsfeld, in dem die Arbeit einer Abgeordneten angesichts der weiten Spanne des Wahlkreises von der Großstadt Erlangen bis zu stark ländlich geprägten Gemeinden steht. Deutlich machte Martina Stamm-Fibich auch ihr Ziel für die Bundestagswahl: Die Union aus der Regierungsverantwortung entfernen. Denn, so machte Martina Stamm-Fibich deutlich: Viele der eigentlich nötigen sozialen und ökologischen Reformen ließen sich mit der Union nicht durchsetzen. Auch wenn es der SPD in der Bundesregierung immer wieder gelänge, wichtige Punkte durchzusetzen – in dieser Legislaturperiode insbesondere die Grundrente, in der vorherigen den Mindestlohn – seien dringend andere Mehrheiten notwendig, um weitgehendere Schritte zu erreichen. Auf Nachfrage machte Martina Stamm-Fibich auch klar, dass ihr ein rot-rot-grünes Bündnis am Liebsten sei, womit sie viel Zustimmung fand.

Dieter Rosner blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf die vergangenen 18 Monate zurück. Die Parteiarbeit sei dabei von drei Schwerpunkten geprägt

gewesen: Der Kommunalwahl, der Corona-Pandemie und dem 150. Partei-jubiläum der Erlanger SPD, das im Januar gefeiert wurde. Das Ergebnis der Kommunalwahl bewertete Dieter Rosner dabei als „ambivalent“: Einerseits sei es gelungen, insbesondere auch dank des herausragenden Wahlkampfeinsatzes von Florian Janik und der gesamten Partei, den Oberbürgermeisterposten zu halten. Auch stelle die SPD, nun mit der CSU, weiter die Stadtratsmehrheit. Bitter sei aber der Verlust von vier Sitzen im Stadtrat. Trotzdem sei es aber der Fraktion gelungen, weiterhin gute Arbeit zu leisten, auch die Kooperation mit der CSU funktioniere. Der Partei dagegen fehle es in den letzten Monaten an Schwung, und dies sei nicht nur auf die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen zurückzuführen. Daher müsse der Vorstand in den nächsten Monaten Diskussionsprozesse anregen

und neue Wege unter anderem bei inhaltlicher Arbeit, Mitgliederbetreuung und -aktivierung und den Arbeitsformen gehen.

Sandra Radue wies im Gleichstellungsbericht darauf hin, dass die Erlanger SPD bei den Mandatsträger*innen hervorragend aufgestellt sei: Alle drei überörtlichen Mandate würden von Frauen gehalten, und auch die Stadtratsfraktion sei mit sechs Frauen und fünf Männern (plus Oberbürgermeister) paritätisch besetzt; genauso sei es gelungen, eine paritätisch besetzte Stadtratsliste gerade mit vielen kompetenten Frauen aufzustellen. Andererseits beteiligten sich Frauen immer noch in geringerem Umfang an der Parteiarbeit; hier müsse es gelingen, durch neue Ansätze mehr Beteiligung von Frauen zu ermöglichen. Dies könnten z.B. digitale Formate sein, die es Frauen, bei denen häufiger die Mehrfachbelastung aus Arbeit, Familie

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 08.10. Herta Marhoff
83 Jahre
- 08.10. Jürgen Tendel
81 Jahre
- 17.10. Doris Klein
75 Jahre
- 20.10. Marianne Benz
83 Jahre
- 22.10. Jose Luis Ortega Lleras
65 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz
83 Jahre



und Parteiarbeit den Besuch von Versammlungen schwer mache, leichter machen könne, sich in die Debatten in der Partei einzubringen. Sandra Radue sprach auch an, dass die Corona-Pandemie gleichstellungspolitisch Rückschritte bedeute: Zum Beispiel habe der Wegfall der Kinderbetreuung und die Schulschließungen gerade Frauen betroffen, die in vielen Partnerschaften die

dadurch notwendige Kinderbetreuung und den Heimunterricht übernommen hätten. Hier sei es gerade Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass es nicht dauerhaft zu einer Rückwärtsentwicklung bei der Gleichstellung komme. Günter Laurer stellte den Kassenbericht vor: Trotz des hohen Engagements im Wahlkampf und der vielfältigen Aktionen sei es gelungen, den Haus-

halt weitgehend im Plan abzuschließen, Mehrausgaben für zusätzliche Wahlkampfaktionen seien durch höhere Spenden abgedeckt worden. Die Revisor*innen bestätigten die ordnungsgemäße Kassenführung, woraufhin die Mitgliederversammlung den Vorstand einstimmig entlastete.

Investitionen in die sozial-ökologische Transformation!

Thesenpapier der Jusos Erlangen (gekürzt)

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen ist die Notwendigkeit staatlicher Konjunkturprogramme unumstritten. Für die Erlanger Jusos war aber von Anfang an klar, dass die dringend notwendigen Investitionen nicht zur Stärkung von klimaschädlichen, CO₂-intensiven Wirtschaftsweisen beitragen dürfen, während emissionsreduzierende Maßnahmen mit Verweis auf die Krise zurückgestellt werden. Massive staatliche Unterstützungs- und Investitionsprogramme müssen zugleich einer Neuausrichtung der Wirtschaft dienen: und zwar sozial und ökologisch nachhaltig! Deshalb befassten wir uns im Mai in einer virtuellen Arbeitsgruppe mit der Frage, worauf Investitionen im Rahmen der kommenden Konjunkturprogramme abzielen sollten, um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Daraus entstand ein Thesenpapier, dessen Forderungen eine Ideensammlung ohne Anspruch auf Vollständigkeit darstellen. Viele Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkung auch erst in Kombination mit anderen. Entscheidend ist für uns, dass jetzt der Aufbau einer ökologisch und sozial nachhaltigeren und damit zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft beginnt. Deshalb fordern wir...

...im Bereich Mobilität:

- I. Förderung von Mobilitätsalternativen im Nahverkehr
- II. Förderung von Mobilitätsalternativen im Fernverkehr

- III. Verkürzung von Arbeitswegen durch bedarfsgerechtes Wohnraumangebot - Die Stadt der kurzen Wege
- IV. Förderung von Elektromobilität

Wir wollen, dass der öffentliche Nah- und Fernverkehr klimafreundlicher, besser ausgebaut wird und jede:r sich ihn leisten kann!

Die Konjunktur lässt sich nicht nur durch Kaufprämien für PKWs ankurbeln. Auch der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs eignet sich dafür: Durch Aufträge für Planungsbüros und Baufirmen, durch neue Jobs im Bahnbetrieb und indem Regionen, die bisher vom Bahnnetz abgehängt sind, aufgewertet werden und so attraktive neue Standorte entstehen können. Durch den Ausbau des ÖPNV wird analog die regionale Wirtschaft belebt.

Eine gute Fahrradinfrastruktur und ein funktionierender öffentlicher Personenverkehr sind ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Gleichzeitig schaffen sie Teilhabe: Für junge und ältere Menschen, die noch nicht oder nicht mehr Auto fahren können und für Menschen mit geringem Einkommen, die sich kein (oder nicht mehrere) Autos leisten können oder wollen. Dabei ist auch klar, dass je nach persönlicher Situation unterschiedliche Mobilitätsformen nötig sind und der Verzicht auf ein Auto teilweise auch ein Privileg ist. Das gilt besonders für schlechter angebundene ländliche Gebiete. Um die Verkehrswen-

de zu verwirklichen, brauchen wir also vielfältige, auf verschiedene Situationen angepasste Mobilitätsalternativen zum (verbrennungsbasierten) motorisierten Individualverkehr!

Ein weiterer Beitrag zur Lösung von Mobilitätsproblemen ist die „Stadt der kurzen Wege“: Wenn Menschen dort wohnen können, wo sie arbeiten, reduziert sich das Verkehrsaufkommen vor allem auf längeren Strecken, die bisher oft mit dem Auto zurückgelegt werden müssen. Gleichzeitig steigt damit die Lebensqualität! Verwirklicht wird der erforderliche Wohnraum unter anderem durch staatlich geförderten Wohnungsbau, der auch eine Einflussnahme zugunsten von umweltfreundlicherem und energetisch effizientem Bauen ermöglicht.

Ziel einer sozialdemokratischen Klimapolitik ist natürlich, mit einer Verkehrswende weg vom Einpersonnenverkehr mit privatem PKW hin zu einer flächendeckenden Nutzung des ÖPNV zu gelangen. Nur durch diese Verkehrswende können die bundesweiten CO₂-Emissionen langfristig wirklich nennenswert gesenkt werden. Das lässt sich jedoch nicht von heute auf morgen umsetzen. Daher sollten auch bei der privaten Nutzung von PKW Anreize geschaffen werden, die Fortbewegung so klimaneutral wie möglich zu gestalten und die Nutzung entsprechender Technologien belohnt werden.

Zudem ist die Autoindustrie als großer Wirtschaftszweig in Deutschland mo-

mentan nicht wegzudenken. Wenn die Automobilindustrie schon gefördert wird, dann sollten die Investitionen in alternative, weniger schädliche Antriebsformen gehen. Von diesen ist das Elektroauto momentan die aussichtsreichste. Das vollständige Thesenpapier enthält verschiedene konkrete Ansätze zur Erreichung der Mobilitätsziele.

...in der Industrie:

- I. Konversionsstrategie für die Automobil- und ihre Zuliefererindustrien
- II. Förderung von nachhaltiger Nahrungsmittelerzeugung

#GREENNEWDEAL



- kommunale und private Beteiligung
- II. Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien

Das vollständige Thesenpapier konkretisiert mögliche Maßnahmen im Bereich des Energieverbrauchs und der Energiegewinnung.

...Weiterbildungsmöglichkeiten: Durch umfassende Weiterbildungsangebote wollen wir das notwendige Humankapital für den Aufbau ökologischer Schlüsselindustrien schaffen. Gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sollte ein skalierbares digitales Angebot geschaffen werden, dass beispielsweise Kurzarbeitenden oder Beschäftigten der sich transformierenden Industrien eine kostenfreie und leicht zugängliche Möglichkeit zur persönlichen Weiterbildung bietet.

...im Bereich Forschung und Entwicklung:

- I. Förderung von Zukunftstechnologien
- II. Aufwertung von Forschung und Lehre in allen Fachrichtungen

Es ist unvereinbar mit dem Ziel einer sozial-ökologischen Transformation, die Herstellung und den Kauf von PKWs mit hoher CO2-Bilanz weiter zu fördern. Auch für die Automobilindustrie braucht es deshalb eine Konversionsstrategie! Die Veränderungen in der Industrie dürfen jedoch nicht zulasten der dort Beschäftigten gehen. Vielmehr muss die Schaffung langfristig sicherer Arbeitsplätze in einer zukunftsfähigen, umweltfreundlicheren Industrie gelingen. Als erste Schritte dafür sehen wir den Aufbau einer Konmissionskommission analog zur Kohlekommission, die bei der Neuausrichtung der Produktion und der Erschließung neuer Geschäftsfelder unterstützt, sowie die Förderung von Um- und Weiterbildungsmöglichkeiten in umweltfreundlichen Industrien. Um eine nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung zu fördern, müssen EU-Subventionen noch viel stärker an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt sein, statt (hauptsächlich) an Fläche und Massenproduktion.

...für den privaten und öffentlichen Energieverbrauch:

- I. Energieeffizienz im öffentlichen Bereich (Bauen, Wohnen und Lernen)
- II. Förderung von Energieeffizienz durch private (Um-)Baumaßnahmen

...bei der Energiegewinnung:

- I. Abschaffung bürokratischer Hürden und Akzeptanzsteigerung durch

Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist ein zentraler Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation. E-Mobilität und auch der öffentliche Personenverkehr sind vor allem dann klimafreundlich, wenn der dafür notwendige Strom aus erneuerbaren Quellen stammt. Dafür müssen die finanziellen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Entscheidend sind für uns dabei die Dezentralität der Stro-

Zum Vorantreiben von Innovationen ist eine gezielte Erforschung von Zukunftstechnologien notwendig. Für die sozial-ökologische Transformation braucht es aber auch Forschung in anderen, weniger offensichtlichen Bereichen wie beispielsweise zur Umsetzung und den Konsequenzen technologischer Innovationen im gesellschaftlichen und politischen Kontext.

Das vollständige Thesenpapier kann hier gelesen werden: <https://www.jusos-erlangen.de/beschlusse/thesenpapier-new-green-deal/>.



Nachdem die Bundesregierung inzwischen schon das erste Konjunkturpaket vorgelegt hat, sollte sich die Arbeitsgruppe „Sozial-ökologischer Umbau“ der Erlanger Jusos in den nächsten Monaten damit auseinandersetzen, welche Forderungen sich dort wieder finden – und was (sicher vieles) weiter zu tun bleibt. Interessierte

merzeugung sowie die Einbindung der Bevölkerung vor Ort und deren Beteiligung an entstehenden Gewinnen.

sind herzlich eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen!

Rolf Schowalter zum Ortsbeiratsvorsitzenden von Tennenlohe wiedergewählt

Am 17.09. wurde in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik die konstituierende Sitzung des Ortsbeirats Tennenlohe durchgeführt. Bei der Wahl zum Vorsitzenden wurde Rolf Schowalter erneut einstimmig wiedergewählt. Der Oberbürgermeister lobte die Arbeit des Ortsbeirats und besonders die des Vorsitzenden bei der Planung und Durchführung des Ortsjubiläums „750 Jahre Tennenlohe“ im Jahr 2015. Was damals geleistet wurde und wie es geleistet wurde, sei vorbildlich gewesen und



habe Maßstäbe gesetzt für weitere Jubiläumsfeiern in anderen Stadtteilen. 2014/2015 musste vom damals neu gewählten Vorsitzenden innerhalb eines dreiviertel Jahres ein kompetentes Team zusammengestellt und das Jubiläum geplant, finanziert und durchgeführt werden. In Tennenlohe hat bei der Kommunalwahl im März die CSU das genau gleiche Ergebnis erzielt wie 2014, nämlich 32,1%, aber aufgrund des neuen Verfahrens einen Sitz mehr erhalten, die SPD hat 25,6% erreicht und nur minimal

verloren (0,74%) und ihre beiden Sitze im Ortsbeirat behaupten können. CSU und SPD haben sich beide vom Stadttrend abgekoppelt. Man muss wissen, dass die CSU in den vorhergehenden Wahlen 2002 und 2008 Ergebnisse von 50% und darüber erzielt hat. Dieser damals vorhandene Trend ist nachhaltig gebrochen worden. Was die SPD andererseits in Tennenlohe über die Jahrzehnte hinweg verloren hat, ist vollständig bei der Grünen Liste gelandet, obwohl diese in Tennenlohe kaum präsent, aber im Ortsbeirat mit einem Sitz vertreten sind. Der Oberbürgermeister wünschte dem neuen Ortsbeirat viel Erfolg bei der Vertretung der Ortsanliegen. Anschließend an die Wahl konnte die umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet werden.

Aus dem Bauch gesprochen

Kommt ein Primat in den Brillenladen...

■ Von Monika Fath-Kelling



Seit Ausbruch der Corona-Krise gehen angeblich „alle Uhren grundlegend anders“ im Land. Stolz tönt es aus der politischen Landschaft wir entscheiden uns jetzt „für Menschenleben“ und „gegen die Wirtschaft“. Also muss es ja vorher umgekehrt gewesen sein: Pro Wirtschaft, contra Menschenleben. (Ein ungeheuerliches Eingeständnis, wenn es so denn wahr wäre. Vor allem in dieser schlich-

ten Eindimensionalität). Aber eben sehr passend für unsere Zeit, die ja gerne individuelle Gefühllichkeit mit moralischem Imperativ verbindet. Flugs wird ein solcher moralischer Imperativ gestrickt, wann immer sich einem „Wohl“ meinenden eine günstige Gelegenheit bietet. Das eigene wohlige Gefühl „das Richtige zu wollen, samt der damit verbundenen Selbstwertsteigerung über all die Dumpfbacken, die's nicht rafften, und ihr dumpfes Dasein mangels entsprechender Sensibilität eher verpennen als „wach zu leben“. So gesehen also auf jeden Fall „wohlmeinend“ im Sinne von „seht her, so geht gut!“

So und nicht anders. Denn Abweichungen vom vorgeschlagenen Ziel oder dem Weg dorthin können im Namen der Moral selbstredend nicht geduldet werden! Sogar eine kontroverse Diskussion ist verdammenswert.

Mit solcher Art doppelt gebundener Kommunikation -auf Umgangsdeutsch: egal ob du diskutierst oder nicht diskutierst, du ziehst eine Niete- werden seit je die arbeitenden Normalbürger

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2020
21. Oktober 2019**

auf Spur gehalten. Diskutierst du solch einen „moralischen“ Imperativ, bist du unmoralisch, unbelehrbar, inkompetent, keinesfalls gehörst du zu „den Guten“. Diskutierst du nicht, hilfst du mit, die Grenzen des Diskutierbaren immer mehr einzuschränken.

Diese genialische Zwickmühle ist seit der Fabel vom Rennen des Hasen mit dem Igel bekannt. Die Igel aber waren nicht schlau, sondern Betrüger. (Ich habe als Kind immer gehofft die Nachfahren des Hasen durchschauen eines Tages den Betrug und revoltieren).

Jahrzehntelang gelang es -und gelingt es ja noch immer- den Wirtschaftslobbyisten die Politik in dieser Manier vor sich her zu treiben. (Merksels alternative, wirtschaftskonforme Demokratie). Bei Corona, und das ist in der Tat neu, kam das System ein wenig ins Stolpern und Stottern. Aber anscheinend nur ganz kurz. Die Organisation bzw. Priorisierung der Rettungs- und Unterstützungsmaßnahmen in der Krise zeigt den

steuerzahlenden Häschen deutlich, wo Politik weiterhin den Vorrang sieht: In der Stützung des Großkapitals auf Kosten der Habewenigbhabenichtse.

Ein Beispiel gefällig? Herr Ruegerner von den NachDenkSeiten macht in einem Artikel über die Lufthansaretzung folgende Rechnung auf: 2 Millionen Selbstständige bekommen Corona-Krisenhilfen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Prima. Für 130000 Arbeitsplätze bei Lufthansa wird in etwa der gleiche Betrag „investiert“. 22000 Stellen (Mittlerweile sind es schon 29000) wurden schon direkt nach der Aktion, die Tinte auf dem Vertrag ist noch nicht trocken, zur Disposition gestellt und die verbleibenden Arbeitnehmer müssen künftig deutliche Einschnitte gewärtigen. Die Aktionäre der Kranichlinie kreisen völlig unbehelligt ohne Einschnitte im Aufwind. Danke für's Gespräch...

Die Krux ist nun, dass sämtliche Politikfelder, also auch Friedens- und Sicherheitspolitik, Außenpolitik und vor allem

Umweltpolitik dieser unseligen doppelt gebundenen Kommunikationsform fröhnen. Es wäre ein großer politischer Gewinn und ureigene Aufgabe der Medien diese Kommunikationsstruktur und die damit einhergehenden Gefahren bekannter zu machen und zu brandmarken. Nur solange „das Volk“ diesen Kniff nicht bemerkt bzw. nur als diffuses Gefühl der Ohnmacht wahrnimmt, kann es „genasführt“ werden.

„Ich halt sie arm, du hält sie dumm“ war die Abmachung von Adel und Klerus. Jetzt gilt es das perfide Zusammenspiel auf Kosten Dritter von Wirtschaft/Politik und Medien zu verdeutlichen.

Um auf den angefangenen Witz zurückzukommen:

Kommt ein Primat in einen Brillenladen.

Probiert interessiert hier und da neue Brillen, andere Sichten.

Sagt artig Danke, „ich bleib bei meiner alten, da weiß ich wenigstens wie ich's sehe und was ich kriege.“

US-Justizlegende Ruth Bader Ginsburg ist tot: Die Nachfolge ist die Mission des Senator McConnell

■ Von Mark Schuster



Ruth Bader Ginsburg war eine Bastion der Liberalen im Obersten Gericht der USA. Nach ihrem Tod hat Donald Trump wenige Wochen vor der US-Präsidentenwahl die Chance, ein zentrales Wahlversprechen endgültig einzulösen und seinen dritten Richter im Supreme Court zu platzieren. Doch es ist vor allem die Stunde von Mehrheitsführer Mitch McConnell.

Nach dem Tod der legendären Verfas-

sungsrichterin Ruth Bader Ginsburg zeichnet sich ein erbitterter politischer Kampf um die Nachbesetzung eines Schlüsselpostens im US-Justizsystem ab. Sollten die Republikaner von US-Präsident Donald Trump den freigewordenen Posten neu besetzen, könnte das die konservative Mehrheit im Supreme Court zementieren - und das Land auf Jahrzehnte prägen. Das Oberste Gericht hat in den USA oft das letzte Wort bei umstrittenen Grundsatzfragen zu Streitthemen wie Abtreibung, Einwanderung, Waffenrecht und Diskriminierung.

Wer wissen will, was den USA nach dem Tod der brillanten wie berühmten Su-

preme Court Richterin Ruth Bader Ginsburg nun bevorsteht, sollte den Namen Robert Bork kennen. Denn mit ihm begann vor 33 Jahren ein fast beispielloser politischer Feldzug, der heute nicht nur in einen gespaltenen Senat, sondern womöglich auch bald in einer langfristigen Kräfteverschiebung am Obersten Gerichtshof münden könnte.

Nur noch drei „liberale“ Richter am Supreme Court

Von den neun Richtern des Supreme Courts, der oft mit knapper Mehrheit entlang ideologischer Linien entscheidet, werden nun noch drei klar dem liberalen Lager zugerechnet. Ginsburg

galt als prominenteste Vertreterin des liberalen Flügels. Sie war in diesem Jahr mehrfach kurzzeitig im Krankenhaus behandelt worden.

Mit ihrem jahrzehntelangen Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen, für Minderheiten und gegen Diskriminierung avancierte Ginsburg zu einer Justizkone der Vereinigten Staaten und einem Idol der Bürgerrechtsbewegung. Nach Bekanntwerden ihres Todes versammelten sich vor dem Gericht in Washington hunderte Trauernde. Trump ordnete an, dass Flaggen auf dem Weißen Haus und staatlichen Gebäuden für einen Tag auf halbmast gesetzt werden.

Ungeachtet der Zurückhaltung des Präsidenten erklärten sich die Republikaner im Senat umgehend bereit, über einen Nachfolgekandidaten zu entscheiden. „Der von Präsident Trump nominierte Kandidat wird eine Abstimmung im Senat der Vereinigten Staaten bekommen“, teilte Mehrheitsführer Mitch McConnell wenige Stunden nach Ginsburgs Tod mit. Die Republikaner halten im Senat eine Mehrheit von 53 der 100 Sitze. Einige republikanische Senatoren wie Mitt Romney und Lisa Murkowski gelten dabei als mögliche Abweichler.

Bis zuletzt mit „voller Kraft“ im Amt

Ginsburg hatte sich im August 2019 wegen eines bösartigen Tumors in der Bauchspeicheldrüse einer Strahlentherapie unterziehen müssen. Bereits im Jahr davor war sie an der Lunge operiert worden, nachdem Ärzte zwei bösartige Knoten gefunden hatten. Nach mehreren Krankenhausaufenthalten teilte sie im Juli 2020 mit, dass sie erneut an Krebs erkrankt sei und sich einer Chemotherapie unterziehe.

Ihren Posten am Supreme Court wollte sie deshalb nicht aufgeben: „Ich habe oft gesagt, dass ich Mitglied des Gerichts bleiben werde, solange ich die Arbeit mit voller Kraft erledigen kann“, hatte sie bei Bekanntgabe der Erkrankung erklärt.

Die Besetzung eines Richterpostens am Supreme Court ist stets ein großes Politikum. Mit der Ernennung kann der Präsident die Linie des obersten Gerichts auf viele Jahre hinaus beeinflussen, denn die Richter werden auf Lebenszeit gewählt. Schon jetzt hat das oberste Gericht ein konservatives Übergewicht. Mit dem Tod Ginsburgs könnte sich dieses womöglich für lange Zeit festigen.

Trump ernannte während seiner Amts-

zeit bislang die konservativen Verfassungsrichter Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh. Insbesondere die Berufung Kavanaughs war wegen Vorwürfen sexueller Übergriffe in den 1980er Jahren heftig umstritten.

Obama: „Kriegerin für die Gleichberechtigung der Geschlechter“

Nach der Todesnachricht von RBG meldete sich auch der frühere US-Präsident Barack Obama zu Wort. Er schloss sich Forderungen an, die Position der verstorbenen Justizlegende im Obersten Gericht der USA nicht in der aktuellen Amtszeit seines Nachfolgers Donald Trump nachzubesetzen. Im Wahljahr 2016 hätten die Republikaner „das Prinzip erfunden, dass der Senat eine Vakanz im Supreme Court nicht füllen sollte, bevor ein neuer Präsident vereidigt wird“, erklärte Obama in der Nacht zum Samstag. Ein Grundsatz von Recht und Fairness sei, dass Regeln einheitlich angewendet werden, und nicht abhängig davon, was gerade vorteilhaft sei. Die Republikaner im Senat hatten vor vier Jahren einen von Obama nominierten Kandidaten unter Verweis auf den unpassenden Zeitpunkt im Wahljahr blockiert.

Obama betonte, Entscheidungen des Gerichts würden in den kommenden Jahren bestimmen, „ob unsere Wirtschaft fair und unsere Gesellschaft gerecht ist, ob Frauen gleichberechtigt behandelt werden, ob unser Planet überlebt und unsere Demokratie bestehen bleibt“. Deshalb müsse das Verfahren bei der Nachfolgeregelung tadellos sein. Obama würdigte Ginsburg als „eine Kriegerin für die Gleichberechtigung der Geschlechter“. Sie habe daran geglaubt, dass Gleichheit vor dem Gesetz für jeden Amerikaner gelten müsse.

Rache für Robert Bork

Doch einem ist sie wichtiger als wohl jedem anderen. Und dabei handelt es sich nicht um Präsident Trump, der 2016 die Ernennung konservativer Richter zu einem seiner großen Wahlkampfversprechen gemacht hatte, sondern um den Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell. Vor 33 Jahren hat McConnell eine justizpolitische Mission gestartet, die nun ihre vorläufige Vollendung finden könnte. Und sie begann mit Robert Bork. Der Bundesrichter war 1987 von Präsident Ronald Reagan als Nachfolger für den ausgeschiedenen Supreme-Court-Richter Le-

wis Powell nominiert worden. Doch weil die Demokraten seine Ansichten besonders in puncto Bürger- und Frauenrechte als Bedrohung für den gesellschaftlichen Fortschritt ansahen, starteten sie eine regelrechte Kampagne gegen Bork, schalteten sogar TV-Spots, die vor ihm warnten. Letztlich waren sie erfolgreich, Bork ging in die Geschichte der wenigen Nominierten ein, die tatsächlich an der Senatsabstimmung scheiterten. Die Geschichte wurde sogar im US-Wortschatz verewigt: das Verb „to bork somebody“ bedeutet in etwa etwa: „jemanden systematisch fertigmachen“.

McConnell, damals in seiner ersten Amtszeit als Senator, sah eine rote Linie überschritten und schwor Rache, wie es die Dokumentation „Supreme Revenge“ (2019) des amerikanischen Senders PBS detailliert nachzeichnet. Er machte es sich von nun an zur Lebensaufgabe, das höchste amerikanische Gericht in konservativer Richtung zu formen und dabei nötigenfalls mit allen Mitteln zu arbeiten. Mithilfe der einflussreichen Juristenvereinigung Federalist Society vernetzte er gezielt streng konservative Juristen im ganzen Land, um sie in wichtige Positionen, idealerweise hohe Richterposten, zu hieven. McConnells Mission fand zuletzt einen Höhepunkt in der Abstimmung über Trumps zweite Supreme-Court-Nominierung, Richter Brett Kavanaugh. In einer beispiellosen Schlammschlacht wurde Kavanaugh, der sogar des sexuellen Übergriffs in seinen Jugendjahren beschuldigt worden war, auf Drängen McConnells durchgedrückt.

Noch wichtiger, um die gegenwärtige Situation zu verstehen, ist aber eine andere Richter-Nominierung im Jahr 2016. Damals war gerade der als sehr konservativ geltende Richter Antonin Scalia verstorben und Präsident Obama stand das Recht zu, dem Senat einen Ersatz vorzuschlagen. Obama hatte zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit mehr im Senat, auf dessen Zustimmung er allerdings angewiesen war. Er wählte mit Merrick Garland einen als moderat geltenden Mann, doch McConnell sah sein lang geplantes Projekt in Gefahr und verweigerte jede Zustimmung, ja auch nur eine Anhörung des Nominierten im Senat. Er begründete dies damit, dass im November, immerhin noch fast acht Monate nach Garlands Nominierung, die Präsidentschaftswahl bevorstehe und das amerikanische Volk zunächst den Präsidenten aussuchen sollte, der

Scalia zu ersetzen habe. Trump gewann die Wahl, Trump wählte den konservativen Neil Gorsuch. McConnells Plan war aufgegangen, die Demokraten schäumten vor Wut.

Machtlose Demokraten

Nun hat er die Möglichkeit, den Konservativen am Gericht eine Sechs-zu-drei-Mehrheit zu verschaffen. Angesichts der Tatsache, dass die Richter dort auf Lebenszeit ernannt werden, eine langfristige Verschiebung der Machtverhältnisse. Doch eigentlich scheint McConnells eigene Logik nun gegen ihn zu sprechen: Einen neuen Richter nominieren, so kurz vor der Präsidentenwahl am 03. November? McConnells demokratischer Widersacher Chuck Schumer

twitterte dazu wörtlich das Zitat von McConnell von 2016, als dieser mit eben jenem Argument schon die Abstimmung über Obamas Kandidaten verweigert hatte.

McConnell allerdings zeigte sich noch am Abend von Ginsburgs Tod wenig beeindruckt davon, dass man ihm sein eigenes Argument aus 2016 vorhielt. Wenn Präsident Trump jemanden nominieren, so McConnell, werde dieser auch eine Abstimmung im Senat erhalten. Und es gibt fast nichts, was ihn daran hindern könnte. Prozessuale Verhinderungstaktiken stehen den Demokraten praktisch nicht zur Verfügung und alles, was McConnell braucht, ist eine einfache Mehrheit im mit 100 Senatoren bestückten Senat. Dort steht es gegen-

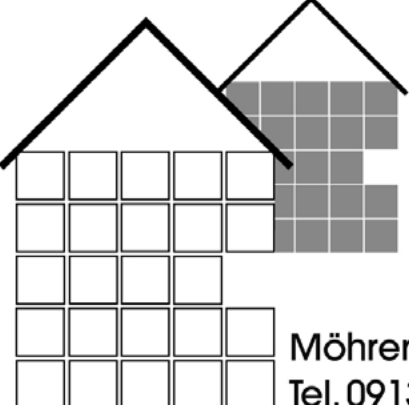
wärtig 53:47 für die Republikaner, bei 50:50 entschiede Vizepräsident Mike Pence.

Auch das enge Zeitfenster bis zur Wahl dürfte kein Hindernis darstellen. Nachdem Trump einen Kandidaten nominiert hat, tritt das Justizkomitee des US-Senats zusammen und hört den Kandidaten an, um schließlich über den Vorschlag des Präsidenten zu entscheiden. Anschließend folgt eine Abstimmung im gesamten Senat. Zum einen kann das Justizkomitee unter dem Vorsitz des Republikaners Lindsey Graham die Anhörungen und die Abstimmung so takten, wie es ihm beliebt. Gleiches gilt für den Senat, in dem McConnell die Fäden in den Händen hält. Zum anderen würde auch die Wahl und ein möglicher Sieg von Joe Biden und eine Übernahme des Senats durch die Demokraten am 03. November nichts daran ändern. Eine Mehrheit der Demokraten bei der Präsidentenwahl würde erst zum Januar 2021 wirksam werden, bis dahin könnte der Senat in einer sogenannten *Lame Duck Session* trotzdem einen Nominierten bestätigen.

Aufbegehren gegen den „Sensenmann“?

Das einzige, was McConnell nun von der Vollendung seines Lebenswerks noch trennen könnte, sind mögliche Abweichler in den eigenen Reihen. Sollte die knappe Senatsmehrheit bröckeln, könnte eine Abstimmung scheitern. Und einige in der Partei sind vom rücksichtslosen Vorgehen ihres Chefs nicht angehtan. Die Senatorinnen Lisa Murkowski (Alaska), Susan Collins (Maine) und auch der ehemalige Präsidentschaftskandidat und erklärte Trump-Gegner Mitt Romney (Utah) gelten als potenzielle Abweichler. Nicht auszuschließen, dass sich in den Reihen der Partei noch die oder der eine oder andere findet, der zu einer Verschiebung der Abstimmung bis in die nächste Amtszeit tendieren könnte.

Doch McConnell gilt nicht nur als nachtragend, sondern auch als extrem mächtig in der Partei, er kann Karrieren beenden. Es dürften sich wenige finden, die sich mit dem „Grim Reaper“ („Sensenmann“), wie er sich selbst einst nannte, anlegen würden. Auch die Anhänger von Donald Trump würden einen Abweichler bei den nächsten Wahlen vermutlich abstrafen, doch die Furcht vor McConnells Zorn dürfte größer sein. Denn er wird voraussichtlich auch nach



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Trump noch da sein.

Konservative Bundesrichterin gilt als Favoritin für die Ginsburg-Nachfolge

Einfluss könnte womöglich noch nehmen, wen Trump nun nominiert. Die zuletzt noch von Trump selbst ins Spiel gebrachten Senatoren Ted Cruz und Tom Cotton sind wohl aus dem Rennen, ließ der Präsident doch verlauten, dass eine Frau Ginsburg nachfolgen solle. Laut amerikanischen Reportern gilt die Bundesrichterin und frühere Rechtsprofessorin Amy Coney Barrett als Favoritin, die laut einem Bericht des amerikanischen Magazins Politico als einzige potenzielle Kandidatin bereits ein Gespräch mit Trump geführt haben soll. Sie gilt als streng konservativ, Abtreibungsgegnerin und mögliche Kandidatin, die sich trauen könnte, den jahrzehntelang bestehenden und bestätigten Präzedenzfall um eine Abtreibung in Sachen Roe v. Wade zu kippen. Die konservative katholische Wählerbasis der Republikaner wäre mit dieser Wahl sicherlich hoch zufrieden. Trump gilt als relativ agnostisch in Bezug auf die typischen republikanischen Justizthemen und wird sich wohl an die Empfehlungen der Federalist Society halten, die ihn berät. In dieser Woche soll wohl eine Entscheidung fallen.

Doch wen auch immer Trump nominiert: Ein politischer Grabenkampf mit allen Mitteln ist vorgezeichnet. Die Demokraten haben wenig in der Hand, doch das hatten sie auch im Fall Kavanaugh, dessen Anhörung sich lange hinzog und der letztlich mit einer knappen und bereits wackeligen Mehrheit von zwei Stimmen bestätigt wurde. Hinzu kommt, dass bei den November-Wahlen die republikanische Senatorin Martha McSally aus Arizona ihren Sitz zu verlieren droht und schon zum 30. November durch einen Demokraten ersetzt werden könnte. Falls sich das Auswahlverfahren so lange hinzieht, könnte die knappe republikanische Mehrheit weiter schmelzen.

McConnell dürfte entsprechend entschlossen sein, seine Parteikollegen bei der Stange zu halten. Er gilt als kalter Machtpolitiker, aber auch als gewiefter Taktiker, der es versteht, Druck auszuüben. Auch bei der Auswahl der Ginsburg-Nachfolge wird er ein gewichtiges Wort mitreden. Seine Mission steht schließlich kurz vor der Vollendung.

Extremismus in Sicherheitsbehörden: Radikal raus

Polizei und Bundeswehr haben ein Rechtsextremismus-Problem – aber Beamten und Soldaten kann man nicht einfach so entlassen. Ein Vergleich der rechtlichen Möglichkeiten der unterschiedlichen Behörden

■ Von Mark Schuster



„Die Menschen verlassen sich auf Sie“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) erst vorige Woche bei der Vereidigung von rund 600 Kommissaranwärtern vor dem Schloss Augustusburg in Brühl. Und weiter: „Die Grundlage Ihrer Arbeit ist unsere Verfassung, unser Grundgesetz, die Menschenwürde.“

In dieser Woche muss er (erneut) schmerzlich feststellen, dass man sich wohl nicht auf alle Polizisten verlassen kann. Und dass zu viele von ihnen die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes vielleicht zur Grundlage ihrer Arbeit, nicht aber ihres privaten Handelns machen.

Durch Zufall waren Ermittler auf teils seit Jahren betriebene Chatgruppen von mindestens 30 Polizeibeamten gestoßen. Sie hatten Bilder von Adolf Hitler, von Hakenkreuzen oder Reichskriegsflaggen oder Montagen von Flüchtlingen in Gaskammern geteilt. Der Fall habe „eine Dimension in einer Abscheulichkeit, die ich nicht für möglich gehalten habe“, sagte der Minister.

Dabei vergeht leider kaum eine Woche, ohne dass Angehörige von Polizei und Militär mit rechtsextremen Sprüchen, menschenverachtenden Bildern oder Ermittlungen wegen Terrorverdachts

Schlagzeilen machen.

Minister Reul kündigt nun „radikale Aufklärung“ an. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), ist mit der Umstrukturierung des zuletzt besonders auffälligen Kommando Spezialkräfte (KSK) schon einen Schritt weiter.

Alle Verantwortlichen sind sich einig: Für Rechtsextremisten ist in deutschen Sicherheitsorganen kein Platz. Doch was kann der Staat gegen Rechtsextreme in seinen Reihen tun?

Beamte auf Widerruf: Die Ausbildung darf beendet werden

Im Falle der Polizeibehörden richtet sich das nach dem Beamtenstatusgesetz (BeamtStG), das vom Bundesbeamtengesetz (BBG) oder vom jeweiligen Landesbeamtengesetz ergänzt wird. Es gilt die Faustformel: Je länger die Dienstzeit, desto schwerer die Entlassung. Denn der Staat bietet seinen Beamten besondere berufliche Sicherheit, die je nach Beamtenverhältnis gestuft ansteigt.

Am einfachsten fällt die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis „auf Widerruf“. Diesen Status verleiht der Staat vorrangig während der Ausbildung. Der Widerruf kann gemäß § 23 IV BeamtStG jederzeit und ohne weitere Voraussetzungen ausgesprochen werden. Normalerweise darf aber die Ausbildung dennoch beendet werden.

Wohl damit ist es zu erklären, dass die Hochschule Polizei Brandenburg einen durch antisemitische Sprüche aufgefal-

lenen Polizeischüler weiter ausbilden muss: Das Land habe nicht ausreichend dargelegt, dass die Äußerung Ausdruck einer rechtsextremen Gesinnung war und keine „einmalige Sache“, hatte das Verwaltungsgericht Potsdam Medienberichten zufolge bereits Ende August entschieden.

Beamte auf Probe: Es kommt auf Charakter und Treue an

Auf die Ausbildung erfolgt die Ernennung in ein Beamtenverhältnis „auf Probe“. Diese Probezeit dauert mit zwischen drei und fünf Jahren zwar deutlich länger als die sechsmonatige Probezeit für Angestellte. Dafür liegen aber die Voraussetzungen einer Kündigung deutlich höher: Der Staat muss sie begründen.

Ein möglicher Entlassungsgrund ist fehlende Verfassungstreue. Denn § 33 I BeamtStG legt als eine Grundpflicht fest: „Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.“ Trifft der Dienstherr die Prognose, dass ein Beamter auf Probe hierzu

nicht bereit sein wird, darf er ihn entlassen.

Sowohl der Charakter als auch die Verfassungstreue der Beamten auf Probe ist aber in der Gesamtschau der Probezeit zu beurteilen. Die Mängel müssen sich als gefestigt und nicht mehr korrigierbar erweisen. Besteht also noch Anlass zur Hoffnung, der Beamte könne auf den Pfad der Tugend – also zurück zur Verfassungstreue – geführt werden, müsste der Dienstherr zunächst eine verlängerte Probezeit erwägen. In der Probezeit ist auch die Entlassung wegen einer einzelnen disziplinarischen Verfehlung möglich. Allerdings nur dann, wenn im Vergleich ein Beamter auf Lebenszeit für eine entsprechende Verfehlung mindestens eine Kürzung seiner Dienstbezüge zu erwarten hätte. Das ist keine unerhebliche Schwelle. Im Fall in NRW könnte sie erreicht sein. Sie wäre dennoch für jeden Fall einzeln zu prüfen.

Chatgruppen in NRW: Nicht strafbar, aber Dienstpflichtverletzung?

Nach dem was über die Chatgruppen in NRW bekannt geworden ist, kann man davon ausgehen, dass sich die we-

nigsten Beteiligten noch im Beamtenverhältnis auf Probe befinden. Die Chatgruppen wurden teils bereits 2013–2015 gegründet. Die Probezeit dauert jedoch längstens fünf Jahre. Die meisten, wenn nicht alle Beteiligten, dürften daher inzwischen auf Lebenszeit ernannt sein. In diesem Fall beendet nur eine strafrechtliche Verurteilung oder eine erfolgreiche Disziplinarlage des Dienstherrn das Dienstverhältnis.

Die Verurteilung muss bei den in Rede stehenden Delikten gemäß § 24 I BeamtStG auf mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe lauten. Das ist auch angesichts der Schwere der Fälle in NRW nicht ausgemacht. Denn da sich die Taten wohl außer Dienst in geschlossenen Chatgruppen abgespielt haben, könnten sie gänzlich straflos bleiben.

Was bleibt, ist die auf „Entfernung aus dem Dienstverhältnis“ gerichtete Disziplinarlage. Sie setzt eine gravierende Dienstpflichtverletzung (§ 47 I BeamtStG) voraus. Führt diese zur Unzumutbarkeit der Fortführung des Dienstverhältnisses, kann der Beamte entfernt werden.

Darunter fallen auch Taten, die mangelnde Verfassungstreue zum Ausdruck



Sparkassen-Girokonto – echt wertvoll



sparkasse-erlangen.de/giro

Das meistgewählte Girokonto in Deutschland – ein Schlüssel zu herausragenden Leistungen, z. B.:

- Individuelle Beratungen nach dem Sparkassen-Finanzkonzept
- Dichtes Geschäftsstellennetz
- Online- / Mobile-Banking, SB und TelefonServiceCenter
- Kartenangebote mit tollen Mehrwertleistungen
- Bargeldauszahlung an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit
- Ausgezeichnete Banking-App und weitere innovative Zahlungsfunktionen

 **Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen Höchststadt Herzogenaurach**

bringen. Für außerdienstliches Verhalten gilt aber ein strengerer Maßstab. Andererseits darf der Dienstherr gerade auf Verharmlosung oder Billigung der NS-Zeit besonders sensibel reagieren. Das ergibt sich daraus, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung gerade einen Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft darstellt.

Es ist gut möglich, dass diese Schwelle in einigen Fällen in NRW erreicht ist. Wer sich an montierten Bildern mit Flüchtlingen in Gaskammern ergötzt, rüttelt an der Menschenwürdegarantie und damit dem Grundpfeiler der Verfassung.

Die Bundeswehr kann härter durchgreifen

Auch die Bundeswehr entfernt Extremisten aus ihren Reihen. Obwohl Soldaten keine Beamten sind, gelten ähnliche Regeln. Ähnlich den Beamten auf Widerruf und auf Probe können Soldaten innerhalb ihrer ersten vier Dienstjahre fristlos entlassen werden. Voraussetzung sind gemäß § 55 V Soldatengesetz (SG), eine schuldhaftes Dienstpflichtverletzung und dass der Verbleib im Dienstverhältnis „die militärische Ordnung oder das Ansehen der Bundeswehr ernstlich gefährden würde.“

Diese Hürden sind weitaus niedriger als bei Beamten; es fehlt etwa die Soll-Vorschrift zur Beendigung eines Vorbereitungsdienstes. Zudem hat das Bundeskabinett Anfang Juni eine Verschärfung vorgeschlagen. Künftig sollen Soldaten

in besonders schweren Fällen bis zu acht Jahre nach Dienst Eintritt fristlos entlassen werden können.

Zeit- oder Berufssoldaten mit längerer Dienstzeit können nur durch ein Truppendienstgericht aus dem Dienst entfernt werden. Voraussetzungen und Verfahren liegen ähnlich wie bei Beamten.

Sicherheitsüberprüfung vor der Einstellung

Übernehmen könnte die Polizei vom Militär etwa einen Entlassungstatbestand zum Schutz von Dienstbetrieb und Ansehen der Polizei. Das könnte es erleichtern, Extremisten zu entlassen. Zu bedenken ist dabei allerdings, dass § 55 V SG von der Rechtsprechung äußerst weit ausgelegt wird. Nicht unberechtigt läuft der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) gegen den jüngsten Änderungsvorschlag Sturm. Eine Übertragung auf die Polizei sollte dem Rechnung tragen und die Entlassung wegen Bagatellen verhindern.

Im Hinblick auf Prävention verstärkt die Bundeswehr ihr Engagement derzeit weiter. Schon seit einiger Zeit unterzieht der Militärische Abschirmdienst alle Bewerber einer Sicherheitsüberprüfung. Wie in dieser Woche bekannt wurde, plant das Verteidigungsministerium eine Ausweitung auf Reservisten. Würden alle Polizeibewerber nach Vorbild der Bundeswehr durch den Verfassungsschutz überprüft, könnten einschlägig aufgefallene oder vernetzte Extremisten schon vor Dienstantritt

herausgefiltert werden. Lediglich NRW soll damit begonnen haben – im vergangenen Jahr.

Bereits übernommen hat die Polizei NRW das Konzept des Polizeibeauftragten nach Vorbild des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Letzterer ist Teil der Bundestagsverwaltung, hat umfassende Informationsrechte und ist eine unabhängige Petitionsinstanz für alle Soldaten. Die Identität von „Whistleblowern“ darf er verschweigen – so konnten in den letzten Jahrzehnten einige Skandale in der Truppe ans Licht kommen. Auch andere Bundesländer haben in den letzten Jahren vergleichbare Stellen für ihre Polizei eingerichtet.

Der erste Polizeibeauftragte Nordrhein-Westfalens wurde 2019 ernannt. Anders als sein Vorbild ist er aber dem Innenministerium und nicht dem Parlament angegliedert. Und erst im Juni lehnte der Landtag einen Gesetzesentwurf der Grünen ab, den Polizeibeauftragten aufzuwerten. Gerade wenn beklagt wird, Polizisten verstünden den Korpsgeist falsch oder vertrauten ihren Vorgesetzten nicht, sollte eine möglichst unabhängige Kontrollinstanz in Betracht gezogen werden.

Zudem hat politische Bildung in der Bundeswehr einen hohen Stellenwert. Sie ist Aufgabe aller Vorgesetzten und in die regulären Dienstpläne fest einzuplanen. Für die Vorgesetzten selbst sind mehrere Fortbildungstage pro Jahr eingeplant. Polizeiwissenschaftler sehen hier noch Nachholbedarf bei der Polizei.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

21. Oktober,

19.00 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

■ **Distrikt Frauenaaurach**

Vorsitzender:

Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Unsere nächsten Sitzungen sind am

13.10 (Frauenaaurach Gemeindeganzungszentrum)

10.11 (Kriegenbrunn Bürgerhaus) und
08.12 mit Weihnachtsfeier (Frauenaaurach Gemeindeganzungszentrum).

Protokoll der Jahreshauptversammlung Distrikt Frauenaaurach 08.09.2020

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend einstimmig beschlossen.

2. Aktuelles

- Corona
- Bürgerhaus Kriegenbrunn
- Ortsbeiräte Konstituierung Hütten-
dorf: am 09.09; Kriegenbrunn am 07.10;
Frauenaaurach am 14.07

3. Wahl einer Versammlungsleitung

Jens Schäfer

4. Bericht des Distriktvorstands

Kann auf Anfrage beim Vorsitzend zuge-
schickt oder eingesehen werden

5. Bericht des Kassiers

Kann auf Anfrage beim Vorsitzenden

zugeschickt oder eingesehen werden

6. Bericht der Revisoren

Kassenprüfung war ohne Beanstan-
dung. Hartmut Wiechert hat sich sehr
gute Arbeit geleistet und an dieser Stel-
le wird dafür gedankt.

7. Aussprache

Stefan Greim und Walter Fellermeier
bedanken sich recht herzlich beim Vor-
stand für die eingebrachte Arbeit, be-
sonders bei Jens Schäfer.

8. Entlastung des Vorstands

Die Entlastung des Vorstandes wird be-
antragt und einstimmig angenommen.

9. Jahresplanung

a. Themen:

Fraktion vor Ort / Stadtteilkonferenz
zum Thema (Barrierefrei) Wohnen,
Nachverdichtung, Senioren, und ggf.
Kinder

Bezirkstag im Distrikt mit Gisela Niclas
Themen aus dem Wahlprogramm bear-
beiten

b. Termine

Sitzungen jeden 2. Dienstag im Monat.
Nächste Sitzung am 13.10 und 10.11. 08.12
immer abwechselnd im Frauenaauracher
Gemeindeganzungszentrum und Kriegenbrunner
Bürgerhaus

10. Verschiedenes

Der Antrag zum Umbau der Erlanger
Straße muss geprüft und ggf. neu ge-
stellt werden

Für den Vorstand

Jens Schäfer

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Der kommende Stammtisch des Distrik-
ts Innenstadt ist am

13.Oktober um 20 Uhr im Nebenraum der Kulisse

vorgesehen

Weitere Treffen sind dort am 24.Novem-
ber und am 15.Dezember geplant.

Herzlich
Monika

Liebe Genossinnen und Genossen, die nächste Sitzung SPD Erlangen Ost ist am:

13.10.2020 19 Uhr

Brückenpaulus

(Pizzeria Romano)

Liebe Grüße Silvia Schäfer

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib_gha@hotmail.com

SPD Distrikt Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Dienstag, 13.10.2020,
19.00 Uhr Ort:
Schlossgaststätte**

Tagesordnung (Vorschlag):

- 1) Bericht aus dem Ortsbeirat
- 2) Aktuelles
- 3) Thema wird noch festgelegt.
- 4) Verschiedenes

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Weitere Ankündigung:

Distriktversammlung im November:
10.11., Gansessen: 22.11.

Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 08.09.2020 in Tennenlohe

Top1: Aktuelles

Rolf blickt kurz auf den schönen Ausflug des SPD-Distrikts vom letzten Wochen-

ende nach Neumarkt zurück und dankt dem Organisator Hans Hauer.

Top2: Bericht aus Ortsbeirat

Aktuell ist es nicht abzusehen, ob dieses Jahr eine Feier zum Volkstrauertag am Kriegerdenkmal stattfinden kann. Rolf nimmt dies zum Anlass, über alternative Gedenkformen zum Volkstrauertag zu diskutieren. Die aktuelle Feier ist für Jugendliche nicht attraktiv. Ein Gedenken an die Toten der Kriege ist weiterhin notwendig. Christopher schlägt vor den „Helden des Alltags“ in Corona-Zeiten zu gedenken. In jedem Fall muss verhindert werden, dass der Volkstrauertag wieder zu einem Kriegs-Heldengedenktag mutiert.

Es ist unklar, ob nächsten Januar ein Neujahrsempfang stattfinden kann. Rolf wird sich mit dem Fraunhofer-Institut als Veranstaltungsort frühzeitig abstimmen.

Top3: Tennenloher Bote

Rolf bedankt sich bei den Artikelschreibern für den letzten Tennenloher Bote, namentlich bei Lisbeth und Niklas für ihre exzellenten Beiträge. Der Bote wird aber wohl hauptsächlich von älteren Personen gelesen. Wir diskutieren darüber wie wir auch jüngere Zielgruppen erreichen können. Christopher erzählt uns, dass Jugendliche eher über elek-

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

■ Distrikte/Arbeitsgemeinschaften

tronische Medien kommunizieren, beziehungsweise über Infomercials oder Spotlights erreicht werden können. Dazu sind aber auch Themen notwendig, die für Jugendliche von Interesse sind. Gert schlägt vor, im Boten verschiedene Rubriken einzurichten, davon welche speziell für ein junges Publikum, Gert regt an, Informationen über den Jugendclub regelmäßig mit aufzunehmen. .

Top4: Aktuelle Politik

Der Distrikt diskutiert über die politische

Situation in Deutschland. Willi sieht das Klimathema als das wichtigste Thema der nächsten 20 Jahre. Nicht weniger wichtig ist für die SPD auch das Thema Arbeitsplätze in Deutschland. Durch den Niedergang alter Technologien und Wirtschaftsbereiche – wie die Automobilbranche – werden Arbeitsplätze verloren gehen.

Für die SPD ist der Kampf gegen den Klimawandel sehr wichtig sein, aber er muss immer sozial ausgewogen sein.

Hans Hauer

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Katrin Hurle

katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 21.10. um 20 Uhr

statt. Wenn es die Umstände erlauben, treffen wir uns im Gütchlein (Dorfstraße

14, Büchenbach) unter Beachtung der üblichen Abstands- und Hygieneregeln. Andernfalls kann die Sitzung digital stattfinden.

Wir beschäftigen wir uns dieses Mal mit dem Thema „Haushalt 2021: Was geht noch in Zeiten von Corona?“

Solidarische Grüße,

Felizitas Traub-Eichhorn und

Katrin Hurle

■ Jusos

Vorsitzende:

Felix Klingert

Sophia Waldmann

Liebe Jusos,
an folgenden Terminen treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 13.10.: Erlanger Klima- und Umweltpolitik mit Florian Janik

- 27.10.: Bundeswehr - Wehrpflicht, Heimatdienst & Co.

Vorbehaltlich der dynamischen Infektionslage treffen wir uns zu beiden Termi-

nen in der AWO (Allee am Röthelheimpark 60, 91052 Erlangen) in Präsenz. Bitte beachtet das Hygienekonzept und habt immer eine Maske griffbereit. Näheres geben wir natürlich über unseren Mailverteiler bekannt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung.

Euer Vorstand